



**Merkblatt
für Anträge auf Zulassung
als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt
und zugleich als
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)**

I. Antragstellung

Der Antrag auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ist direkt am Bildschirm auszufüllen. Die einzelnen Felder des Formulars können Sie entweder durch Mausklick oder mittels Tabulatortaste erreichen - über die Tastatur können die erforderlichen Eingaben gemacht werden. Ankreuzfelder werden durch Mausklick aktiviert oder deaktiviert. Das Ausfüllen des Formulars ist eine reine Texteingabe. Es werden weder persönliche Daten innerhalb des Dokuments gespeichert noch werden persönliche Daten online übermittelt.

Nach dem Ausfüllen und dem Ausdrucken muss das Formular in der letzten Zeile persönlich unterschrieben werden. Der Antrag nebst Anlagen ist per Post im Original an die Rechtsanwaltskammer zu senden, in deren Bezirk die Zulassung erstrebt wird.

Füllen Sie bitte das Antragsformular sorgfältig und vollständig aus. Beachten Sie die nachfolgenden Hinweise und fügen Sie die erforderlichen Belege und Nachweise bei. Bitte halten Sie etwa veranlasste weitere Ausführungen zu den Fragen des Vordruckes so ausführlich, dass die erforderliche Prüfung im Hinblick auf § 7 BRAO ohne weitere Rückfragen möglich ist. Geben Sie bitte bei eventuellen Verfahren (z. B. Strafverfahren, Ermittlungsverfahren oder Zwangsvollstreckungsverfahren) auch die Behörde/das Gericht und das Aktenzeichen an. Nur dann kann die Rechtsanwaltskammer Ihren Antrag zügig bearbeiten.

Sollten Sie zu dem Antrag Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer, Staugraben 5, 26122 Oldenburg, Tel.: 0441-92543-0, Fax: 0441-92543-29, E-Mail: info@rak-oldenburg.de.

Dem Antrag sind folgende Anlagen beizufügen:

- a) Ablichtung des Personalausweises
- b) aktueller, lückenloser, unterschriebener Lebenslauf
- c) Nachweis über die Befähigung zum Richteramt (Original/Ausfertigung oder amtlich beglaubigter Ablichtung des Zeugnisses über die Zweite juristische Staatsprüfung oder über das Bestehen der Eignungsprüfung)
- d) Ggf. Nachweis über akademischen Grad – Original oder amtlich beglaubigte Ablichtung -
- e) Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung gem. § 51 BRAO bzw. Vorlage einer vorläufigen Deckungszusage – das Original kann nachgereicht werden, muss spätestens bei Aushändigung der Zulassungsurkunde vorliegen
- f) Original/Ausfertigung oder amtlich beglaubigte Abschrift des Arbeitsvertrages
- g) Von Arbeitgeber/in und Antragsteller/in unterschriebene Tätigkeitsbeschreibung zur ausgeübten Syndikusrechtsanwaltstätigkeit (siehe Vordruck)
- h) Vollständig ausgefüllter und unterschriebener Fragebogen (siehe Vordruck)
- i) Unwiderrufliche Freistellungserklärung des Arbeitgebers für die Tätigkeit der Syndikusrechtsanwältin/des Syndikusrechtsanwalts
- j) im Fall einer zusätzlichen nichtanwaltlichen Nebentätigkeit (s. Fragebogen Nr. 9): Arbeitsvertrag, Freistellungserklärung

Die Rechtsanwaltskammer erhebt für die Bearbeitung eines Antrages auf Zulassung als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt und gleichzeitiger Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) eine Gebühr von 660,00 €. Die Gebühr wird fällig mit Einreichung des Antrages bei der Rechtsanwaltskammer (§ 2a Abs. 3 der Gebührenordnung der Rechtsanwaltskammer Oldenburg).

Die Gebühr bitten wir zu überweisen auf das Konto der

Rechtsanwaltskammer Oldenburg
Oldenburgische Landesbank AG
IBAN: DE42 2802 0050 1429 1645 00
BIC: OLB ODEH 2 XXX

Verwendungszweck: Zulassung

Alle Ausführungen, insbesondere die Antworten zu den Fragen, halten Sie bitte so genau, dass die erforderliche Prüfung im Hinblick auf §§ 7, 46 ff. BRAO ohne weitere Rückfragen möglich ist. Bei eventuellen Verfahren (z. B. Strafverfahren, Ermittlungsverfahren oder Zwangsvollstreckungsverfahren) geben Sie bitte auch die Behörden bzw. das Gericht und das Aktenzeichen an.

II. Verfahren

Nach der Prüfung der Vollständigkeit der Unterlagen und der Voraussetzungen der Zulassung als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt und Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) ist zunächst der Träger der Rentenversicherung anzuhören. Nach der Anhörung entscheidet der Vorstand der Rechtsanwaltskammer durch Zulassungsbescheid, der Ihnen und dem Träger der Rentenversicherung zuzustellen und für beide rechtsmittelfähig ist. Erst nach Bestandskraft des Zulassungsbescheides kann die Zulassung als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt und Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) durch Vereidigung und Aushändigung der Zulassungsurkunde erfolgen. Sofern Sie bereits im Rahmen einer früheren Zulassung zur Rechtsanwaltschaft den Eid oder das Gelöbnis geleistet haben, wird in der Regel auf die Vereidigung verzichtet. Es erfolgt lediglich der Hinweis auf den früheren Eid oder das Gelöbnis im Zulassungsbescheid. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wird erst mit der Aushändigung der Zulassungsurkunde wirksam.

Nach § 12 Abs. 4 BRAO darf sodann die Tätigkeit als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt unter der Berufsbezeichnung „Rechtsanwältin“ oder „Rechtsanwalt“, die Tätigkeit als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt unter der Berufsbezeichnung „Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)“ oder „Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)“ ausgeübt werden. (§ 46a Abs. 4 Nr. 2 BRAO)

III. Hinweis auf ein Mitwirkungsgebot

Nach § 26 Abs. 2 VwVfG i.V.m. § 32 BRAO soll der/die am Verfahren beteiligte Zulassungsbewerber/in bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken und, soweit es dessen bedarf, sein/ihr Einverständnis mit der Verwendung von Beweismitteln erklären. Ein Antrag auf Gewährung von Rechtsvorteilen kann zurückgewiesen werden, wenn der Vorstand der Rechtsanwaltskammer infolge einer Verweigerung der Mitwirkung den Sachverhalt nicht hinreichend klären kann.

Rechtsgrundlage der Fragen im Antragsformblatt sind die §§ 7, 27, 46 ff. BRAO.

IV. Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht erfolgt tätigkeitsbezogen durch die Deutsche Rentenversicherung Bund. Einen Befreiungsantrag müssen Sie daher bei der Deutschen Rentenversicherung Bund stellen. Dieser Zulassungsantrag ist notwendige Voraussetzung für eine Befreiung, ersetzt aber den Befreiungsantrag nicht! Eine Befreiung kann nach § 6 IV SGB VI bis drei Monate nach Beschäftigungsbeginn rückwirkend erfolgen, wenn binnen dieser drei Monate der Antrag auf Befreiung und ein Antrag auf rückwirkende Befreiung bei der Deutschen Rentenversicherung gestellt werden. Alle Ihre Sozialversicherungspflichten betreffenden Anträge sind daher bei der Deutschen Rentenversicherung Bund zu stellen.

Um das Befreiungsverfahren zu erleichtern, ist auf den Zulassungsantragsformularen der Rechtsanwaltskammer ein Feld für den Eintrag Ihrer Sozialversicherungsnummer vorgesehen. Die Angabe der Sozialversicherungsnummer erfolgt **freiwillig** und nur zur Vereinfachung der Zuordnung Ihres Zulassungsverfahrens zu einem Befreiungsantrag.

Rechtsanwaltskammer Oldenburg
Staugraben 5
26122 Oldenburg

**Antrag auf Zulassung als
niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt
und
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)**

Anlagen:

- Original/Ausfertigung oder amtlich begl. Ablichtung des Zeugnisses des 2. Juristischen Staatsexamens oder über das Bestehen der Eignungsprüfung
- Ablichtung des Personalausweises
- Lebenslauf
- Original/Ausfertigung oder amtlich begl. Ablichtung der Promotionsurkunde über den Erwerb eines anderen akad. Grades
- Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung gem. § 51 BRAO für die Tätigkeit als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt
- Original/Ausfertigung der amtlich begl. Ablichtung des Arbeitsvertrages (§ 46a Abs. 3 BRAO)
- Tätigkeitsbeschreibung, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschrieben
- ausgefüllter und unterschriebener Fragebogen
- unwiderrufliche Freistellungserklärung des Arbeitgebers im Hinblick auf die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt

Ich beantrage, mich zur Rechtsanwaltschaft als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt und als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) zuzulassen.

1. Angaben zum/r Antragsteller/in:

akad. Grad: akad. Grad: Vorname:

Name: Geburtsname:

Geburtsdatum: Geburtsort: Staatsangehörigkeit:

Sozialversicherungsnummer:

Freiwillige Angabe: erleichtert die Zuordnung bei der Deutschen Rentenversicherung (Bund)

Wohnsitz:

Straße: Haus-Nr.

PLZ: Ort:

Telefonnummer: Telefax:

E-Mail:

Meinen **Wohnsitz** werde ich nach meiner Aufnahme

- beibehalten.
- nehmen in:

Straße: Haus-Nr.

PLZ: Ort:

Die Befähigung zum Richteramt habe ich durch Bestehen der

- Zweiten Juristischen Staatsprüfung am erlangt.
- Eignungsprüfung am vor dem Landesjustizprüfungsamt in erlangt. (Zum Nachweis verweise ich auf die beigefügten, amtlich beglaubigten Zeugnisablichtungen und meine Prüfungsakten.

Haben Sie bereits früher eine Zulassung

a) zur Rechtsanwaltschaft als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt beantragt und erhalten?

- Nein
- Ja

Wenn ja, bei welcher Rechtsanwaltskammer?

Rechtsanwaltskammer:

beA-Postfachnummer (SAFE-ID):

Wann wurde die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt widerrufen?

Datum:

b) als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) beantragt und erhalten?

- Nein
- Ja

Wenn ja, bei welcher Rechtsanwaltskammer?

Rechtsanwaltskammer:

Für welches Beschäftigungsverhältnis?

Arbeitgeber:

Ende des Beschäftigungsverhältnisses?

Datum:

beA-Postfachnummer (SAFE-ID):

Die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt für dieses Beschäftigungsverhältnis wurde bereits widerrufen? Nein Ja

2. Angaben zum Beschäftigungsverhältnis für welches die Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) beantragt wird

Meine Tätigkeit, für die ich die Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) beantrage, übe ich seit/ab dem bei nachfolgendem Arbeitgeber aus:

(Name/Firma, Anschrift)

Kanzlei (Ihre Arbeitsstätte beim Arbeitgeber)

Straße:

Haus-Nr.

PLZ:

Ort:

Telefonnummer:

Telefax:

E-Mail:

3. Angaben zur Kanzlei als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt

Meine **Kanzlei** als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt werde ich einrichten:

- an meinem Wohnsitz.
 einrichten in:

Straße:

Haus-Nr.

PLZ:

Ort:

Telefonnummer:

Telefax:

E-Mail:

ggfs. Kanzleiname:

- Funktion:**
- | | |
|---|--|
| <input type="radio"/> Einzelanwalt/Einzelanwältin | <input type="radio"/> Gesellschafter/in der BAG |
| <input type="radio"/> angestellte/r Anwalt/Anwältin | <input type="radio"/> Freie/r Mitarbeiter/in |
| <input type="radio"/> Gesellschafter/in und Geschäftsführer/in in der BAG | <input type="radio"/> Geschäftsführer/in der BAG |

Angaben zur Bürogemeinschaft

Ich werde eine Bürogemeinschaft (§ 59q BRAO) führen mit (ggfs. gesondertes Blatt beifügen):

	Name, Vorname	Beruf
1.		
2.		
3.		

4. Angaben zur Zweigstelle als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt

Ich werde eine Zweigstelle (organisatorisch von der Hauptkanzlei abhängig) einrichten unter folgender Adresse:

Straße:

Haus-Nr.

PLZ:

Ort:

Telefonnummer:

Telefax:

E-Mail:

Angaben zur Bürogemeinschaft

Ich werde eine Bürogemeinschaft (§ 59q BRAO) führen mit (ggfs. gesondertes Blatt beifügen):

	Name, Vorname	Beruf
1.		
2.		
3.		

5. Angaben zur weiteren Kanzlei als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt

Ich werde eine weitere Kanzlei (selbstständig und unabhängig von der o. a. Hauptkanzlei) einrichten unter folgender Adresse:

Straße:

Haus-Nr.

PLZ:

Ort:

Telefonnummer:

Telefax:

E-Mail:

6. Angaben zur Bürogemeinschaft als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt:

Ich werde eine Bürogemeinschaft (§ 59q BRAO) führen mit (ggfs. gesondertes Blatt beifügen):

	Name, Vorname	Beruf
1.		
2.		
3.		

7. Vereidigung

Meine Vereidigung soll ggf. in folgender Form erfolgen:

<input type="radio"/>	Berufseid mit religiöser Beteuerung „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die verfassungsgemäße Ordnung zu wahren und die Pflichten einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe“.
<input type="radio"/>	Berufseid ohne religiöse Beteuerung „Ich schwöre, die verfassungsgemäße Ordnung zu wahren und die Pflichten eines Rechtsanwalts/einer Rechtsanwältin gewissenhaft zu erfüllen“.
<input type="radio"/>	Gelöbnis gemäß § 12a Abs. 4 BRAO *) „Ich gelobe, die verfassungsgemäße Ordnung zu wahren und die Pflichten einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts gewissenhaft zu erfüllen“.
<input type="radio"/>	Andere Beteuerungsformel gemäß § 12a Abs. 3 BRAO Ich möchte anstelle eines Eides gemäß § 12a Abs. 3 BRAO die Beteuerungsformel nach dem (genaue Bezeichnung) <input type="text"/> Gesetz leisten.

*) Ausnahmeregelung: für diejenigen, die aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen Eid leisten wollen.

- Mit der Beiziehung etwa vorhandener Personalakten bei anderen Rechtsanwaltskammern/Justizverwaltungen oder sonstigen Behörden sowie der Anfertigung von Kopien und deren Aufbewahrung erkläre ich mich einverstanden. Solche Akten werden geführt bei

Nur im Fall der erstmaligen Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

- Die Ausbildung im anwaltlichen Berufsrecht über 10 Zeitstunden gem. § 43f BRAO, § 5a BORA habe ich bereits innerhalb der letzten 7 Jahre erfüllt und füge den Nachweis bei.
- Die Ausbildung im anwaltlichen Berufsrecht über 10 Zeitstunden gem. § 43f BRAO, § 5a BORA werde ich innerhalb des ersten Jahres meiner Zulassung absolvieren und einen Nachweis vorlegen.
- Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 660,00 € werde ich umgehend auf das Konto der Rechtsanwaltskammer Oldenburg
IBAN: DE 42 2802 0050 1429 1645 00 BIC: OLB ODEH 2 XXX
überweisen.

Mir ist bekannt, dass meine Daten bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gespeichert und teilweise in einem Regionalverzeichnis sowie nach Übermittlung an die BRAK in einem bundeseinheitlichen Gesamtverzeichnis im Internet veröffentlicht werden, § 31 BRAO.

Die Anlagen bilden einen integralen Bestandteil dieses Antrages. Alle Antworten und Angaben habe ich in Kenntnis des § 36 Abs. 1 und 2 BRAO vollständig und wahrheitsgemäß abgegeben/gemacht. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 32 Satz 1 BRAO i. V. m. § 26 VwVfG.

Die Hinweise zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA) habe ich zur Kenntnis genommen, insbesondere dass für jede Zulassung und ggf. auch für jede weitere Kanzlei jeweils ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA) einzurichten ist.

Die Hinweise zur Datenverarbeitung für Antragsteller habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort:

Datum:

Unterschrift des Antragstellers

Achtung Hinweis!

Die Personalakten (§ 58 BRAO) der Rechtsanwaltskammer werden ausschließlich elektronisch geführt. Sämtliche Eingänge einschließlich der Anträge und Anlagen werden eingescannt und zur Akte genommen. Die Papierdokumente werden anschließend vernichtet.

Tätigkeitsbeschreibung

als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt

akad. Grad:	akad. Grad:	Vorname:	Name:
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

I. Angaben zur Tätigkeit

Beginn des Arbeitsverhältnisses: Arbeitgeber *(bitte vollen Namen bzw. Firma):*

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Beginn der geänderten Tätigkeit:

Straße: Haus-Nr.

PLZ: Ort:

Unternehmensgegenstand/Gesellschaftszweck o. a.: Register-Nr.:

Organisationseinheit in der Sie tätig sind (ggf. mit Erläuterungen): Fügen Sie ein Organigramm als Anlage bei.

Ihre Funktionsbezeichnung:

II. Fachliche Unabhängigkeit

<input type="text"/>	<input type="text"/>	wird bei der	<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------	--------------	----------------------	----------------------

als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) beschäftigt. Die fachliche Unabhängigkeit der Berufsausübung i.S.d. § 46 Abs. 3 BRAO ist vertraglich und tatsächlich gewährleistet. Sie/Er unterliegt keinen allgemeinen oder konkreten Weisungen in fachlichen Angelegenheiten, die eine eigenständige Analyse der Rechtslage und eine einzelfallorientierte Rechtsberatung beeinträchtigen. Ihr/Ihm gegenüber bestehen keine Vorgaben zur Art und Weise der Bearbeitung und Bewertung bestimmter Rechtsfragen, sie/er arbeitet fachlich eigenverantwortlich. Sie/Er ist im Rahmen der von ihr/ihm zu erbringenden Rechtsberatung und -vertretung den Pflichten des anwaltlichen Berufsrechts unterworfen.

III. Merkmale der anwaltlichen Tätigkeit

1. Tätigkeitsbeschreibung – konkrete tatsächliche Tätigkeit

2. Kriterien der anwaltlichen Tätigkeit. Die nachfolgenden Tätigkeitsmerkmale müssen kumulativ vorliegen:

a) Die Prüfung von Rechtsfragen, einschließlich der Aufklärung des Sachverhalts sowie das Erarbeiten und Bewerten von Lösungsmöglichkeiten, § 46 Abs. 3 Nr. 1 BRAO

b) Die Erteilung von Rechtsrat, § 46 Abs. 3 Nr. 2 BRAO

c) Die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen, insbesondere durch das selbstständige Führen von Verhandlungen, oder auf die Verwirklichung von Rechten, § 46 Abs. 3 Nr. 3 BRAO

d) Die Befugnis zu verantwortlichem Auftreten nach außen, § 46 Abs. 3 Nr. 4 BRAO

Zu d)

Fügen Sie ggf. einen Nachweis über die Ihnen erteilte Vertretungsbefugnis, Handlungsvollmacht oder Prokura bei.

IV. Erklärung zur Prägung der anwaltlichen Tätigkeit

Umfasst Ihre Beschäftigung auch nichtanwaltliche Tätigkeiten, so geben Sie diese bitte an und erklären, wie viel Zeit Ihrer Arbeitszeit auf die nichtanwaltliche Tätigkeit entfällt. Angaben bitte ggfs. erläutern und in % angeben.

V. Erklärungen des Unternehmens/Verbandes (satzungsgemäßer Vertreter)

Dem/Der Arbeitnehmer/in wird bestätigt, dass er/sie in unserem Unternehmen als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt tätig ist. Die unter II. und III. gemachten Angaben sind zutreffend und werden hiermit Bestandteil des Arbeitsvertrages. Evtl. anderslautende Bestimmungen zur Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers werden hiermit bezogen auf die anwaltliche Tätigkeit aufgehoben.

Uns ist bekannt, dass der/die Arbeitnehmer/in die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt beantragt. Uns ist weiter bekannt, dass von der Entscheidung über die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abhängt. Wir verzichten hiermit vorsorglich auf eine Hinzuziehung als Beteiligter in dem Zulassungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 Satz 2 VwVgG.

Ort:

Datum:

Unterschrift des Arbeitgebers

(Name des für den Arbeitgeber Zeichnenden und dessen Funktion in Druckbuchstaben)

Ein Nachweis der Vertretungsbefugnis des Unterzeichnenden ist beizufügen.

Ort:

Datum:

(Unterschrift des Antragstellers)



**Fragebogen
zu Zulassungsanträgen**

Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschriebenem Blatt beifügen.

	Frage	Erläuterungen	Antworten
1	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden? b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft) und Aktenzeichen angeben. Die Rechtsanwaltskammer hat ein unbeschränktes Auskunftsrecht aus dem BZRG (§ 41 Abs. 1 Ziff. 11 i.V.m. Abs. 5 BZRG), d. h. die für ein Führungszeugnis geltenden Begrenzungen (§ 32 BZRG) finden ihr gegenüber keine Anwendung. Anzugeben sind alle Ermittlungsverfahren und strafgerichtlichen Verurteilungen, sofern keine Tilgungsreife nach § 45 Abs. 1 BZRG eingetreten ist. Im Fall einer Wiederzulassung sind, unabhängig von der Tilgungsreife, Straftaten anzugeben, wenn sie Gegenstand einer anwaltsgerichtlichen Maßnahme waren und die Frist des § 205a Abs. 1 BRAO noch nicht verstrichen ist.	a) <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja b) <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja Anerkennende Stelle/Az.: <div style="border: 1px solid black; height: 30px; width: 100%;"></div>
2	Sind gegen Sie beamtenrechtliche oder richterliche Disziplinarmaßnahmen oder anwaltsgerichtliche Maßnahmen verhängt worden?	keine Tilgungsreife nach § 45 Abs. 1 BZRG eingetreten ist. Im Fall einer Wiederzulassung sind, unabhängig von der Tilgungsreife, Straftaten anzugeben, wenn sie Gegenstand einer anwaltsgerichtlichen Maßnahme waren und die Frist des § 205a Abs. 1 BRAO noch nicht verstrichen ist.	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
3	Sind gegen Sie a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o. g. Verfahrensarten anhängig?	Falsche bzw. unterlassene Angaben führen in der Regel unabhängig von der Schwere der nicht angegebenen Tat bzw. des Tatvorwurfs zu einer Versagung der Zulassung wegen Unwürdigkeit (§7 Nr. 5 BRAO). § 7 Nr. 1 – 5 BRAO	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja Anerkennende Stelle/Az.: <div style="border: 1px solid black; height: 30px; width: 100%;"></div>
4	Fehlt Ihnen infolge strafrechtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter?	§ 7 Nr. 2 BRAO	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
5	Haben Sie seit Erlangen der Befähigung zum Richteramt eine berufliche Tätigkeit ausgeübt?		<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
6	Ist Ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft / als Syndikusrechtsanwalt bereits einmal versagt, widerrufen oder zurückgenommen worden?	Dient der Prüfung, ob Versagungsgründe nach § 7 Nrn. 3 und 5 BRAO vorliegen.	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
7	Erklären Sie, dass Sie die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht in strafbarer Weise bekämpfen?	§ 7 Nr. 6 BRAO	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
8	Leiden Sie an einer Sucht oder bestehen sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen, die Sie nicht nur vorübergehend an der ordnungsgemäßen Ausübung des Anwaltsberufes hindern könnten?	§ 7 Nr. 7 BRAO	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
9	Wollen Sie nach Ihrer Zulassung neben dem Beruf des Rechtsanwalts/Syndikusrechtsanwalts noch eine sonstige Tätigkeit ausüben?	§ 7 Nrn. 8 und 10 BRAO; Anzugeben ist jede selbstständige und/oder freiberufliche Tätigkeit, aber auch jede Tätigkeit bei einem nichtanwaltschaftlichen Arbeitgeber ; die rentenversicherungsrechtliche Bewertung ist insoweit unmaßgeblich. Siehe außerdem gesondertes Merkblatt „Ausübung einer sonstigen beruflichen Tätigkeit“	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja

	Frage	Erläuterungen	Antworten
10	a) Sind Ihre Vermögensverhältnisse geordnet? b) Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder sind Sie in das vom Insolvenzgericht oder vom Vollstreckungsgericht zu führende Schuldnerverzeichnis (§ 882b ZPO, § 26 Abs. 2 InsO) eingetragen?	Vgl. § 7 Nr. 9 BRAO; ggf. nähere Angaben, insbesondere über gegen Sie gerichtete Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, auf besonderem Blatt	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
11	Sind Sie durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über Ihr Vermögen beschränkt?	§ 7 Nr. 9 BRAO	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
12	Sind oder waren Sie Richter, Beamter, Berufssoldat oder Soldat?	Ausgenommen ist der Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja
13	Sind Sie im Verfahren über die Richteranklage aus dem Richteramt entlassen worden? Ist gegen Sie im Disziplinarverfahren auf Entlassung aus dem Dienst in der Rechtspflege rechtskräftig erkannt worden?	§ 7 Nr. 4 BRAO	<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja

Ort:

Datum:

Unterschrift des Antragstellers



Freistellungserklärung

Im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Zulassung als Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) erklären wir hiermit unwiderruflich unter Bezugnahme auf den Anstellungsvertrag vom im Hinblick auf Ihre bestehende Zulassung als niedergelassener Rechtsanwalt

- unser Einverständnis, dass Sie neben Ihrer Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt für unser Unternehmen eine Tätigkeit als selbstständiger Rechtsanwalt ausüben und eine entsprechende Kanzlei führen,
- dass Sie nicht gehalten sind, Belegschaftsmitglieder nach der Gebührenordnung oder unentgeltlich zu beraten oder zu vertreten,
- dass Sie auch während Ihrer Dienststunden bei uns in der Lage sind, Gerichtstermine, eilige Schriftsätze, Telefongespräche und alle sonstigen, nicht aufschiebbaren Tätigkeiten zu erledigen, ohne im Einzelfall eine Erlaubnis hierfür einholen zu müssen, selbst wenn etwaige für uns wahrzunehmenden Aufgaben mit den Aufgaben in Ihrer Anwaltspraxis kollidieren,
- dass außerhalb dieser Erklärung keine mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen existieren, die die selbstständige anwaltliche Tätigkeit einschränken können.

Ort:

Datum:

Unterschrift



Hinweis zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA)

Seit dem **01.01.2018** sind Rechtsanwälte und Syndikusrechtsanwälte verpflichtet, die für die Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfach erforderlichen technischen Einrichtungen vorzuhalten, und müssen Zustellungen und den Zugang von Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach zur Kenntnis nehmen, respektive gegen sich gelten lassen (§ 31a Abs. 6 BRAO n. F.).

Unmittelbar nach Eingang Ihres Zulassungsantrages bei der Rechtsanwaltskammer Oldenburg erhalten Sie ein Schreiben in dem Ihnen Ihre **Safe-ID-Nummer** mitgeteilt wird, so dass Sie damit im Internet unter folgender Adresse: <http://bea.bnotk.de> Ihre persönliche **beA-Karte**, den Schlüssel zum Postfach, bestellen können. Herstellung und Ausgabe der beA-Karte erfolgt im Auftrag der Bundesrechtsanwaltskammer durch die Bundesnotarkammer.

Die beA-Karte wird dann an die Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer Oldenburg gesandt und Ihnen mit der Vereidigung nach Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgehändigt. In dem Fall, in dem keine Vereidigung erfolgt, wird Ihnen die beA-Karte per Post mit der Zulassungsurkunde zugeschickt.

Sobald die beA-Karte in der Geschäftsstelle eingegangen ist, erhalten Sie Nachricht von der Rechtsanwaltskammer Oldenburg, um dann die Zustellung der beA-Karte gegenüber der Bundesnotarkammer per Mail bestätigen zu können. Eine entsprechende E-Mail zur **Bestätigung des Erhaltes der beA-Karte** erhalten Sie von der Bundesnotarkammer nach Bestellung der beA-Karte.

Erst nach dieser Bestätigung erhalten Sie die **PIN-Nummer** von der Bundesnotarkammer per Brief. Nur mit dieser PIN-Nummer können Sie nach Aushändigung der beA-Karte die erforderliche Erstregistrierung des Postfaches vornehmen, um das Postfach anschließend nutzen zu können. Das besondere elektronische Anwaltspostfach ist freigeschaltet für den elektronischen Rechtsverkehr am Tag nach der Vereidigung und Aushändigung der beA-Karte bzw. am Tag nach der bestandskräftig festgestellten Zulassung.

Erfolgt Ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ohne dass Sie im Besitz der beA-Karte und der PIN-Nummer sind, so können Sie das freigeschaltete Postfach nicht nutzen. Das Postfach ist aber für alle, die am elektronischen Rechtsverkehr teilnehmen, adressierbar, so dass Eingänge in dieses Postfach gelangen, auch wenn Sie keine Erstregistrierung und Inbetriebnahme des Postfaches vorgenommen haben.

Die Folgen liegen ausschließlich in Ihrem Verantwortungsbereich.

Setzen Sie sich bitte mit der Geschäftsstelle in Verbindung, sofern Sie einen anberaumten Termin zur Vereidigung verschieben möchten, aufgrund der Tatsache, dass Ihnen nach Beantragung der beA-Karte der PIN-Brief der Bundesnotarkammer noch nicht vorliegt.

beA für weitere Kanzlei: Sofern Sie neben Ihrem Hauptkanzleisitz eine weitere Kanzlei führen, erhalten Sie für die weitere Kanzlei ein gesondertes beA.



Hinweise zur Datenverarbeitung für Antragsteller

1. Namen und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Die vorliegenden Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch die Rechtsanwaltskammer Oldenburg, vertreten durch den Vorstand, Staugraben 5, 26122 Oldenburg, Tel.: 0441 92543-0, Fax: 0441 92543-29, E-Mail: info@rak-oldenburg.de.

Unter den genannten Kontaktdaten erreichen Sie auch den externen Datenschutzbeauftragten der Rechtsanwaltskammer Oldenburg.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Die Rechtsanwaltskammer Oldenburg erhebt, verarbeitet und speichert die bei Ihnen unter Ziffer 1 - 4 des Antrages auf Zulassung als niedergelassene/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt und Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) erhobenen Daten sowie ggf. weitere freiwillige Angaben.

Die Erhebung und Verarbeitung dieser Daten erfolgt,

- um Ihren Antrag auf Zulassung/Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Oldenburg bearbeiten zu können.
- nach Zulassung/Aufnahme in die Kammer zum Zwecke der Mitgliederverwaltung.
- um nach Zulassung/Aufnahme in die Kammer das elektronische Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer Oldenburg der in ihrem Bezirk zugelassenen Rechtsanwälte führen zu können, § 31 Abs. 1 Satz 1 BRAO.
- um nach Zulassung/Aufnahme in die Kammer die Kontaktdaten im automatisierten Verfahren in das Gesamtverzeichnis eingeben zu können, § 31 Abs. 1 Satz 2 bis 4 BRAO.

Die von der Rechtsanwaltskammer Oldenburg erhobenen personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie es für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte findet ausschließlich statt

- zu den unter Ziffer 2 genannten Zwecken (Gesamt-Anwaltsverzeichnis bei der Bundesrechtsanwaltskammer),
- soweit sie zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens erforderlich ist, § 36 Abs. 2 BRAO,
- an die Rechtsanwaltsversorgung Niedersachsen gem. § 11 des Gesetzes über das Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen (RVNG),
- an die Bundesrechtsanwaltskammer zum Zweck der Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs, § 31a Abs. 2 BRAO.
- Im Übrigen bleibt die Verpflichtung der Mitglieder des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Oldenburg sowie der Geschäftsstellenmitarbeiter zur Verschwiegenheit gem. § 76 BRAO unberührt.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gem. Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Bearbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen,
- gem. Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen,
- gem. Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten Daten zu verlangen, sowie nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationen, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung

- von Rechtsansprüchen erforderlich ist,
- gem. Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen oder Sie gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben,
 - gem. Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
 - unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in den Mitgliedstaat Ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

5. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@rak-oldenburg.de.